

1. Record Nr.	UNINA9910345995703321
Autore	Koopmann Martin
Titolo	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland : Wissenschaftliche Leiterin: Ilse Dorothee Pautsch 1971 // Martin Koopmann, Matthias Peter, Daniela Taschler
Pubbl/distr/stampa	De Gruyter, 2002 Berlin ; ; Boston : , : Oldenbourg Wissenschaftsverlag, , [2014] ©2002
Descrizione fisica	1 online resource (2242 pages)
Collana	Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland.
Classificazione	HIS000000HIS014000HIS037070
Disciplina	943.08
Soggetti	Außenpolitik Bundesrepublik Deutschland Edition Germany History 20th century
Lingua di pubblicazione	Tedesco
Formato	Materiale a stampa
Livello bibliografico	Monografia
Note generali	Description based upon print version of record.
Nota di contenuto	Front Matter -- Dokumentenverzeichnis -- Dokument 1-14 -- Dokument 15-28 -- Dokument 29-33 -- Dokument 34-45 -- Dokument 46-58 -- Dokument 59-72 -- Dokument 73-83 -- Dokument 84-101 -- Dokument 102-113 -- Dokument 114-121 -- Dokument 122-135 -- Dokument 136-152 -- Dokument 153-168 -- Dokument 169-181 -- Dokument 182-193 -- Dokument 194-205 -- Dokument 206-218 -- Dokument 219-227 -- Dokument 228-241 -- Dokument 242-253 -- Dokument 254-267 -- Dokument 268-282 -- Dokument 283-295 -- Dokument 296-311 -- Dokument 312-328 -- Dokument 329-347 -- Dokument 348-363 -- Dokument 364-377 -- Dokument 378-393 -- Dokument 394-404 -- Dokument 405-417 -- Dokument 418-427 -- Dokument 428-438 -- Dokument 439-450 -- Dokument 451-454 -- Back Matter
Sommario/riassunto	Herausgegeben im Auftrag des Auswärtigen Amts vom Institut für Zeitgeschichte. Hauptherausgeber: Hans-Peter Schwarz, Mitherausgeber: Helga Haftendorn, Klaus Hildebrand, Werner Link, Horst Möller und Rudolf Morsey. Wissenschaftliche Leiterin: Ilse

Dorothee Pautsch. Im September 1971 reiste Bundeskanzler Brandt in die UdSSR. Die Gespräche mit Generalsekretär Breschnew auf der Krim, die von den Westmächten nicht ohne Misstrauen beobachtet wurden, markierten einen weiteren wichtigen Schritt in der Ausgestaltung der bilateralen Beziehungen ein Jahr nach Unterzeichnung des Moskauer Vertrags. Unversehens wurde der Kanzler jedoch mit dem sowjetischen Junktim zwischen der Ratifizierung des Moskauer Vertrags durch den Bundestag und der Unterzeichnung des Schlußprotokolls zu dem wenige Tage zuvor geschlossenen Vier-Mächte-Abkommen über Berlin konfrontiert. Damit drohte die in den Bonner Parteien ohnehin schon umstrittene Zustimmung zu den Ostverträgen noch schwieriger zu werden. Zudem konnten ohne eine Berlin-Regelung die Vorbereitungen für die Europäische Sicherheitskonferenz, auf die die Staaten des Warschauer Pakts, aber auch einige NATO-Partner zunehmend drängten, nicht beginnen. Darüber hinaus musste auch im Verhältnis beider deutscher Staaten zueinander ein Modus vivendi gefunden werden. In langwierigen Verhandlungen gelang es den Staatssekretären Bahr und Kohl mit dem Abkommen über den Transitverkehr von und nach Berlin (West), das am 17. Dezember unterzeichnet wurde, einen ersten Schritt in diese Richtung zu unternehmen. Die Bemühungen der DDR um internationale Anerkennung bildeten einen weiteren Schwerpunkt des Jahres 1971. Daneben brachte es mit dem EG-Beitritt Großbritanniens den Durchbruch in den langjährigen Bemühungen um eine Erweiterung der Gemeinschaften. Demgegenüber wurden die transatlantischen Beziehungen durch die Annäherung der USA an die Volksrepublik China sowie Diskussionen um eine Lastenteilung innerhalb der NATO und den Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems vor neue Herausforderungen gestellt. Die Neuregelung der Beziehungen zu den arabischen Staaten bei gleichzeitiger Wahrung deutschlandpolitischer Interessen und ohne Gefährdung der Beziehungen zu Israel stellte einen wichtigen Aspekt der Bonner Außenpolitik dar. Die Israel-Reise Außenminister Scheels und die Wiederaufnahme diplomatischer Beziehungen zu Algerien und zum Sudan bildeten hierbei wichtige Stationen. Einen fundierten Überblick zu diesen und weiteren Themen bieten die 454 Dokumente des Jahresbandes 1971 der "Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland".
